

Freddy CREMER  
ProDG-Fraktion  
Donnerstag, den 12. Dezember 2019

Es gilt das gesprochene Wort

## Replik

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

Die etwas reiferen Semester in diesem Haus erinnern sich vielleicht noch an ein Lied von Johanna von Koczian, aus den 70er Jahren.

Der Titel des Songs war *Das bisschen Haushalt* und die ersten Zeilen des Songtextes lauten – leicht abgekürzt - wie folgt:

Das bisschen Haushalt macht sich von allein (... sagt mein Mann)  
Das bisschen Haushalt kann so schlimm nicht sein (... sagt mein Mann)

Übertragen wir dieses Lied auf die Diskussionen hier im PDG, haben wir wieder einmal festgestellt, dass der Haushalt – anders als im Liedtext - **keineswegs ein Selbstläufer** ist. Aber ich glaube, keiner hatte etwas anderes erwartet. Und ich sagte schon am Montag, dass die Rollen klar zugeteilt sind.

Von der **Opposition** wurden – wie übrigens in jedem Jahr – schwere Geschütze aufgeföhren und meist – aber nicht immer, das muss ich lobend anerkennen – wurde rhetorisch wild drauf los geballert.

Besonders schießwütig war in diesem Jahr Kollegin Jolyn Huppertz von der CSP.

Sie widerlegte übrigens mit **geballter Verve die dritte Liedzeile**. Die lautet nämlich: „Dass eine Frau sich überhaupt beklagen kann ist unbegreiflich (...sagt mein Mann).

Als ich sie hier am Rednerpult sah und hörte, musste ich unweigerlich an eine berühmte Heldin aus Amerikas Wildem Westen denken.: **Calamity Jane**, der vom berühmten belgischen Comiczeichner MORRIS ein zeichnerisches Denkmal gesetzt wurde.

Kollegin Huppertz schoss zwar nicht nicht mit scharfer Munition, dafür schoss sie aber am Montag eifrig Bilder, die umgehend ins Netz gestellt wurden. Das gehört vermutlich mit zum Kerngeschäft einer Haushaltsdebatte.

Und am Dienstag folgte dann eine rhetorische Breitseite, vor allem in Richtung ihrer

beliebtesten politischen Zielscheibe: Minister Antoniadis. Das Ganze erinnerte mich an einen rhetorischen **Amoklauf**.

Eine Haushaltsdebatte ist auch immer der **Augenblick der großen Metaphern und Vergleiche**.

Kollege Kraft verglich die neue Koalition mit einem Gebrauchtwagen, der keinen richtigen Reifen-Grip mehr habe.

Mein Kollege **Joseph Hilligsmann** vermerkte völlig zu Recht nach der Debatte: **Besser ein funktionierender Gebrauchtwagen als ein CSP-Montagswagen, der nicht einmal anspringt**.

Jeder, der die völlig überzogenen Aussagen der Oppositionskollegen (Bankrotterklärung...) gehört hat, musste der Meinung sein, dass die **DG jeden Augenblick implodieren oder kollabieren** müsse.

Diese Einschätzungen werden aber von den Bürgern der DG eindrucksvoll widerlegt. Es genügt, sich die Ergebnisse der **FORSA-Umfrage aus dem Jahre 2018** anzusehen. Ich habe diese Zahlen schon oft genannt und werde sie heute nicht wiederholen.

Diese Umfrage belegt zwar, dass nicht alles perfekt ist und dass noch an vielen Stellschrauben gedreht werden muss. Doch der Politik – auch auf Gemeinschaftsebene – wird ein gutes Testat ausgestellt. **Und die übergroße Mehrheit der Menschen lebt gerne in Ostbelgien**.

Also bitte, werte Kolleginnen und Kollegen, **Kritik ist selbstverständlich erlaubt und sie Teil der parlamentarischen Debatte. Doch schütten Sie das Kind nicht mit dem Bade aus**. Verbreiten sie keine Panik. Das bringt uns keinen Millimeter weiter. Und, da bin ich mir sicher, das nimmt auch keiner wirklich ernst; das ist hohle Sprüche-Klopperei.

Es gibt Probleme und Herausforderungen, ja sogar große Herausforderungen. Auch wir wollen nichts schönfärben und die Augen vor den großen Fragen nicht verschließen. Denn schließlich wollen wir, wie Ministerpräsident Pasch in der Regierungserklärung sagte, unsere Gemeinschaft zukunftsfähig machen.

**Also gehen wir das Thema jetzt ein wenig seriöser und sachlicher an.**

Die Minister haben in ihren Stellungnahmen, die wir soeben gehört haben, ausführlich auf die Kritik, die naturgemäß vor allem aus der Ecke der Opposition kommt, geantwortet. Ich muss deren Aussagen nicht noch einmal wiederholen.

Ich beschränke mich auf **einige allgemeine Bemerkungen**.

Ich war überrascht zu hören, wie die ausgeglichenen Haushalte der Jahre 2018, 2019 und 2020 kleingeredet wurden. Die Mehrheitsparteien haben bereits zu Beginn der Legislaturperiode gesagt, dass die schwarze Null kein Fetisch ist.

Nichtdestoweniger muss man diese Leistung im **Vergleich zu den anderen belgischen Regionen und Gemeinschaften sehen**. Das ist realistisch und erst das erlaubt einen Leistungsvergleich.

Wenn man das tut, dann stellt man fest, dass ein ausgeglichener Haushalt keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist, die man mal gerade so mit dem Handrücken vom Tisch wischen kann.

Ich frage Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wie ist denn dieser ausgeglichene Haushalt zu erklären, wenn die DG-Regierung – wie die Opposition immer wieder behauptet – das Geld zum Fenster hinauswirft? Das passt nicht zusammen.

### **VIVANT-Fraktion**

Die Vivant-Fraktion vertritt die Ansicht, die **Förderung des Breitensports** müsse den absoluten Vorrang vor dem **Leistungssport** haben; ja Leistungssportler sollten nicht durch die DG finanziell unterstützt werden.

Und im Kunstbereich müsse den **Amateurkunstvereinen** (Chöre, Musikvereine, Theatergruppen...) der absolute Vorrang vor **professionellen Kulturproduzenten und Kulturveranstaltern** (z.B. Agora) haben

ProDG ist der Meinung, dass Politik sich nicht am **ENTWEDER-ODER**, sondern am **SOWOHL-ALS AUCH** orientieren muss.

Das **große kulturelle Angebot trägt entscheidend zur Attraktivität des Standortes DG bei**. Amateurkunst **und** professionelle Kunst ergänzen sich, sind die zwei Seiten einer Medaille.

Diese **Vielfalt gilt es zu erhalten und somit auch zu unterstützen**. Kultur ist nicht nur schmückendes Beiwerk in wirtschaftlich fetten Jahren; und in wirtschaftlich mageren Jahren wird dann hier der Sparstift zuerst angesetzt. Wir wollen keine Diskussion wie aktuell in Flandern. Und wir sollten vor allem keine Neid-Debatte anzetteln.

Die gleiche Feststellung gilt für den Sport. Profisport und Amateursport sind beides wichtige und sich ergänzende Bereiche. **Es gilt auch hier, die bunte Vielfalt zu erhalten und zu unterstützen**.

Kollege Mertes wunderte sich am Dienstag (Diskussion über den Resolutionsvorschlag) darüber, dass die Behandlung im zuständigen Unterrichtsausschuss der von der Vivant-Fraktion im Oktober 2018 eingereichten Resolution zur Schülerbeförderung so viel Zeit in Anspruch nahm.

Ja, Herr Kollege, das sind eben politische Prozesse. Politikgestaltung ist die Suche nach der besten Lösung und nach dem besten Kompromiss, und diese Lösungs- und Kompromissuche erfordern eben **Zeit. Politische Entscheidungsfindungsprozesse erfordern Zeit.** Das ist konkrete Politikgestaltung.

Systematisch mit NEIN stimmen, ist wesentlich einfacher und geht auch viel schneller.

### **Ein Wort zum Fiskalpakt**

Ich besitze keine Kristallkugel, aber Kollege Balter wird sicher die strengen EU-Buchhaltungsnormen (ESVG-Normen) und den Fiskalpakt, dem die Mehrheitsparteien und die CSP 2014 im PDG zugestimmt haben, zum Thema machen.

Es stimmt, dass der Fiskalpakt damals und heute stark kritisiert wurde.

Man muss dieses Abkommen aber auch in den **geschichtlichen Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008** setzen.

Auch alle Mehrheitsparteien haben damals bereits auf die negativen Auswirkungen des Fiskalpaktes hingewiesen. Es gab keine blinde bedingungslose Unterstützung.

**Vivant hatte es da leichter, da Vivant ohnehin GEGEN fast alle Dekretvorlagen stimmt.**

Würde man der Logik von Vivant folgen, gäbe es keinen Fiskalpakt, es gäbe aber auch keine Europäische Union mehr; es gäbe keine EZB mehr; es gäbe keine OECD mehr; es gäbe keine NATO mehr; es gäbe keine PISA-Testungen mehr; es gäbe keinen kompetenzorientierten Unterricht mehr, usw. usw. Und ich vergesse bestimmt noch einige Organisationen, die laut Vivant auch abgeschafft werden müssen, da sie nach Vivant-Lesart die Wurzeln aller möglichen Übel sind.

**Und vor allem, so wie wir es oft genug an dieser Stelle zu hören bekommen, es gäbe auch keine klassische Politik mehr. Es gäbe nur noch Vivant.**

Wenn alles doch nur so leicht wäre.

Zurück zum Fiskalpakt.

In der Expertenanhörung, die am 13. Juni 2016 im PDG im Rahmen der Diskussionen zum Thema „Sparpolitik und Investitionskapazität“ stattgefunden hat, erklärte Jean Hilgers, seit 1999 Direktor der belgischen Nationalbank, folgendes. Auf Seite 41 nachzulesen.

„Auf Nachfrage unterstrich J. Hilgers, dass es vor dem Hintergrund der allgemeinen Lage vernünftig war, den Fiskalpakt zu unterzeichnen. Demgegenüber erscheint es nicht vorstellbar, mit welchen Argumenten – und vor allem mit welchen Konsequenzen - eine Verweigerung der Ratifizierung des Fiskalpaktes durch die Deutschsprachige Gemeinschaft verbunden gewesen wäre. Auf eine weitere Frage führte er aus: Wenn die Geldpolitik heute nicht mehr in der Hand der einzelnen Euro-Staaten selbst liegt, ist das auch darauf zurückzuführen, dass in der Vergangenheit diese Macht missbraucht wurde – und im Übrigen in anderen Ländern bis heute missbraucht wird. Dies hat zu massiver Inflation geführt.“

Heute ist der wirtschaftliche Kontext ein anderer. Die DG muss sich mit den anderen belgischen Gliedstaaten und der föderalen Ebene, aber auch mit anderen Regionen und EU-Staaten kurzschließen, um eine Lockerung der rigiden EU-Haushaltsregeln, die erforderliche Investitionen in Infrastrukturen erschweren, zu erreichen.

Einfach wird das nicht.

Aber ein national-populistischer Diskurs wird uns nicht weiterhelfen. Auch keine **mephistophelische Geisteshaltung** à la Vivant, frei nach dem Motto: **Ich bin der Geist, der stets verneint!** (Und das mit Recht; denn alles, was entsteht, ist wert, dass es zugrunde geht; Drum besser wär's, dass nichts entstünde.)

## **CSP-Fraktion und Ecolo**

Das Angebot zu einem breiten Dialog über die Möglichkeiten der DG, um die Investitionskapazität unserer Gemeinschaft aufrecht zu halten, ist nicht neu.

Bereits in der letzten Legislaturperiode beschäftigten sich die Mitglieder von Ausschuss I im Rahmen der Arbeiten zum gesellschaftspolitischen Thema mit den finanzpolitischen Auswirkungen des Fiskalpaktes.

Das Ergebnisse dieser Arbeiten wurden 2018 im 8. Band der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter dem Titel „Sparpolitik und Investitionskapazität“ veröffentlicht.

Aufbauend auf diese Grundsatzarbeit muss die Behandlung dieses Themas fortgesetzt werden. So steht es auch bereits im letzten Satz dieser Veröffentlichung, den ich mir

zu zitieren erlaube. „Vorliegende Schlussfolgerungen sind insofern nicht als Schlusspunkt der Beschäftigung des Ausschusses mit dem Thema „Sparpolitik und Investitionskapazität“ zu betrachten, sondern als eine Grundlage für weitere Überlegungen zur Sicherung und Fortentwicklung einer zukunftsweisenden Investitionspolitik für die Deutschsprachige Gemeinschaft im belgischen und europäischen Kontext – gemeinsam getragen von Parlament, Regierung und Gemeinden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.“ (Seite 76-77)

Diese zum Dialog ausgestreckte Hand ist also keineswegs der Tatsache geschuldet, dass die Regierung angeblich mit dem Rücken zur Wand stehe und sich vor wenigen Wochen Hals über Kopf zum Dialog entschieden habe.

### **Einfrieren der Wegedotation**

Das Einfrieren der Wegedotation ab 2020 auf den Betrag von 2,25 Millionen Euro als Indiz oder als Grund für eine Verschlechterung des Dialogs (“ein Schlag ins Gesicht der Gemeinden“) zwischen Gemeinschaftsregierung und den neun DG-Gemeinden zu sehen, halten wir für maßlos überzogen.

Wer so etwas behauptet, hat vielleicht gerade die Absicht, einen Spaltkeil in die guten Beziehungen zwischen Gemeinschaft und Gemeinden zu treiben.

Sicher werden die Gemeinden hinsichtlich dieses Einfrierens der Wegebaudotation keine Freudensprünge gemacht haben, aber daraus einen tiefen Graben zwischen Gemeinschaft und Gemeinden zu initiieren, ist nicht anders als überzogen **Haushalts-Debatten-Rhetorik**.

Und vergessen Sie bitte nicht, der gute Zustand der Gemeinde-Infrastrukturen ist auch maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die DG In den vergangenen Legislaturperioden, gemessen am Gesamthaushalt, bedeutende Summen in Infrastrukturprojekte investiert hat. Einige Zahlen belegen dies eindrucksvoll. Im Zeitraum zwischen 1999 und 2017 wurden insgesamt 2.680 Projekte mit einem Betrag von 356 Millionen Euro bezuschusst, bei einer Gesamtprojektsumme von 580 Millionen Euro. Alleine in der vergangenen Legislatur sind Projekte in Höhe von 80 Millionen Euro verwirklicht worden. Kollege Freches erinnerte noch einmal an diese Zahl.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass im Vergleich zu allen anderen belgischen Gliedstaaten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die höchsten Zuschussätze gelten. Schulbauten des offiziellen und des freien subventionierten Unterrichtswesens werden mit 80% bezuschusst; andere Infrastrukturprojekte wie beispielsweise Sportstätten oder Vereinshäuser mit 60%.

### **Heidberg-Kloster**

Über das Heidberg-Kloster ist in den letzten Jahren immer wieder an dieser Stelle diskutiert worden.

Ich finde es schade, dass in dieser Diskussion ein Aspekt immer wieder vergessen wird. Das Heidberg-Kloster ist ein einzigartiges denkmalgeschütztes Gebäude aus dem 18. Jahrhundert.

Es ist im wahrsten Sinne des Wortes ein architektonisches Juwel auf dem Gebiet der Stadt Eupen. Hätte die DG nicht alles unternommen, um dieses wertvolle Gebäude vor dem vollständigen Verfall zu retten, dann hätte man der DG in wenigen Jahren **kulturpolitischen Frevel** vorgeworfen.

Das hat es in der jüngeren Vergangenheit schon wiederholt gegeben.

Im Jahre 1969 hat die Gemeinde Eupen das **Scheibler-Haus in der Eupener Unterstadt** abgerissen. Das einzige, was heute noch daran erinnert, ist der Name des Platzes, auf dem das Gebäude einst stand. Ein äußerst schwacher Trost.

Kolleginnen und Kollegen, stellen sie sich nur kurz vor, welche Aufwertung es für die Eupener Unterstadt bedeuten würde, wenn dieses Gebäude heute noch erhalten wäre.

Richten Sie den Blick nur nach Monschau. Dort steht auch ein Scheibler-Haus, das sogenannte Rote Haus, und bedenken Sie nur einen Augenblick die heutige Bedeutung dieses Gebäudes für die Attraktivität der Stadt Monschau.

Einen anderen Kulturfrevel hat es 1983 gegeben, als die **Überreste des prächtigen Bahnhofs von Herbesthal mit dem berühmten Fürstenzimmer**, seinem Restaurant und den drei Wartesälen 1983 den Abrissmaschinen zum Opfer fielen.

Was hätte man nicht alles aus diesem einzigartigen Areal machen können.

Aber selbstverständlich hätte man zuerst viel Geld investieren müssen.

Die Debatte um das Heidberg-Kloster auf den pekuniären Aspekt zu reduzieren und nicht den mittel- und langfristigen Wert einer solchen Immobilie zu erkennen, **zeugt sowohl von flagrantem kulturellem Banausentum und wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit.**

Ich bin davon überzeugt, dass das Kloster-Heidberg maßgeblich zur touristischen Aufwertung der Stadt Eupen beiträgt und somit auch wirtschaftliche Auswirkungen hat.

Und ich persönlich bin auch davon überzeugt, dass das Kloster-Heidberg als Seminar

und Event Center in naher Zukunft Gewinne einfahren wird, weil es, so wie es jetzt im Neudeutschen heißt, eine einmalige „location“ ist

Diese Feststellungen gelten übrigens auch für andere Infrastrukturprojekte, die in den letzten Jahren, nicht nur, aber vor allem auf dem Gebiet der Gemeinde Eupen verwirklicht wurden.

Was wäre denn mit der Villa Peters in der Eupener Unterstadt geschehen, wenn die Deutschsprache Gemeinschaft die Wiederherstellung dieses wunderbaren Gebäudes nicht finanziert hätte, damit dort die Musikakademie eine definitive Bleibe findet?

### **Übertragung der neuen Zuständigkeiten**

Kollege Mockel meint, Chaos und Kompetenzgerangel seien vorprogrammiert. Und obwohl die AG Raumordnung und Wohnungswesen erst vor wenigen Monaten die Arbeit aufgenommen haben, meint der Kolleg schon feststellen zu können, dass diese nur ein „Alibi-Dasein“ haben.

Bei der Übertragung solch umfangreicher Befugnisse kann es immer wieder zu Verzögerungen und Schwierigkeiten kommen.

Doch bitte ich darum, auch hier nicht Problem groß zu reden, nur mit der Absicht, die „Baustelle“ , die sie in Ausschuss IV entdeckt zu haben glauben, noch ein bisschen größer erscheinen zu lassen.

Und bitte, reden sie nicht die Arbeiten der zwei Arbeitsgruppen klein, bevor diese Arbeitsgruppen ihre Arbeit wirklich begonnen haben.

Doch dazu mehr, wenn wir nachher über den Programmdekretvorschlag austauschen.

Freddy Cremer  
ProDG-Fraktion